Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

**Entscheidung
in dem Parteiordnungsverfahren
15/1976/P
03.12.1976**

des Vorstandes des SPD-Bezirks W-E,
vertreten durch den Vorsitzenden aus O

- Antragsteller und Berufungsantragsgegner -

g e g e n

S aus O

- Antragsgegner und Berufungsantragssteller -

beigetreten: Vorstand des SPD-Unterbezirks O,
vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden K aus O

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 3. Dezember 1976 in Bonn unter
Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)
Dr. Johannes Strelitz und
Ludwig Metzger

entschieden:

Die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der
Schiedskommission des Bezirks W-E vom 16. August 1976
wird als unbegründet zurückgewiesen. Es wird festgestellt, daß
S nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands ist.

Tatbestand

Der Berufungsantragsteller ist nach eigenen Angaben seit 1968 Mitglied der SPD, in die er mit 18 Jahren eingetreten ist. Diese Entscheidung war die Folge einer Beschäftigung mit

Geschichte und Politik. In der Überzeugung, daß "der politische Feind rechts" stehe, fand er zur Sozialdemokratie. In der Folgezeit wurde seine eindeutig antifaschistische Haltung bestärkt durch Erlebnisse beim Wiederaufbau des ehemaligen KZ's S und die Besichtigung des KZ's A. Eine Unterscheidung in "böse" und "gute" Antifaschisten habe es danach für ihn nicht mehr gegeben. Falls diese Auffassung von der SPD nicht geteilt werde, sieht er seinen Platz nicht mehr in dieser Partei.

Für den 7. Mai 1976 war im Zusammenhang mit dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus vom Kreiszentralrat der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im Unterbezirk O-Stadt eine Veranstaltung geplant zu dem Thema: "Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg".

Hauptredner sollte das bekannte Mitglied der DKP und des VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) C sein.

Vom SPD-Bezirksvorstand W-E war mit Schreiben vom 2. Mai 1976 mitgeteilt worden, daß eine öffentliche Aktion gemeinsam mit Mitgliedern des VVN und der DKP Sofortmaßnahmen gemäß § 18 ff Schiedsordnung nach sich ziehen würden.

Daraufhin erklärte der KZR mit Schreiben vom 5.5.1976 an den SHB, daß allein der SHB Ausrichter der Veranstaltung sei. In demselben Schreiben wurde weiterhin mitgeteilt, daß die Jusos an ihrem Beschluß festhielten und alle Sozialdemokraten aufgefordert würden, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Entgegen dem Verbot des Unterbezirksvorstandes gemäß Schreiben vom 14.5.1976 wurde die Veranstaltung wie geplant durchgeführt. Auf ihr hielt der Antragsgegner eine Rede, in der er der Sozialdemokratie ihre strikt antikomunistische Haltung vorwarf. Weiterhin wird versucht, die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik mit dem leidvollen Zeitabschnitt in der Geschichte der Partei zu vergleichen, aus der dann entsprechende Schritte zu ziehen seien. So wird aufgerufen, an der zentralen Abrüstungsdemonstration, die am 22. Mai 1976 in B stattfand, teilzunehmen. Durch den starren Antikomunismus würde ein gemeinsamer Kampf gegen die Gefahr von Rechts verhindert. So hätten am "Tag der Kapitulation" Sozialdemokraten in den Vorständen Parteiausschlüsse durchgesetzt, während andere, an großen einheitlichen antifaschistischen Demonstrationen teilgenommen hätten.

Daraufhin beschloß der Bezirksvorstand das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft. Dieser Beschluß ging dem Betroffenen am 21.5.1976 zu.

In der mündlichen Verhandlung des nachfolgenden Parteiordnungsverfahrens forderte dieser die Aufhebung der Sofortmaßnahmen und Verweisung an die nach seiner Auffassung

zuständige Unterbezirksschiedskommission. Er begründete diese Auffassung damit, daß die Veranstaltung von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen worden sei. Durch die Verlesung des Beitrages der Jungsozialisten sei er nicht für die VVN tätig geworden. Schließlich werde er durch die Entscheidung der Bezirksschiedskommission in seinen Rechten beeinträchtigt, da ihm eine Instanz entzogen werde. In einem weiteren Schreiben vom 11.6.1976 forderte er den Bezirk auf, ihm verbindliche Verhaltensweisen bezüglich seiner privaten Beziehungen zu einem Mitglied der DKP abzugeben.

Der Unterbezirksvorstand erklärte mit Schreiben vom 9. Juni 1976 seinen Beitritt und schloß sich dem Antrag des Betroffenen an.

Auf ihre mündliche Verhandlung vom 30. Juli 1976 beschloß die Bezirksschiedskommission unter Aufrechterhaltung der Sofortmaßnahmen, den Antragsgegner aus der Partei auszuschließen. Er habe vorsätzlich und erheblicher Weise gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen und ihr dadurch schweren Schaden zugefügt. Durch sein Verhalten sei der Eindruck erweckt worden, maßgebliche Kräfte in der SPD seien für eine "Volksfront" mit Kommunisten und er habe in seinem Schlußwort grundsätzlich eine Zusammenarbeit mit diesen gutgeheißen.

Gegen diese Entscheidung legte der Antragsgegner mit Schreiben vom 30.8.1976 Berufung zur Bundesschiedskommission ein. Gleiches erfolgte von Seiten des Unterbezirks mit Schreiben vom 9. September 1976. Während der Unterbezirk u.a. die Meinung vertrat, ein Schaden, der objektiv nachgewiesen werden müsse, sei nicht entstanden, verweist der Betroffene auf sein bisheriges Vorbringen und führt dann weiter aus, es habe sich nicht um eine gemeinsame Veranstaltung mit der DKP gehandelt, da die DKP-Mitgliedschaft von C keine Rolle gespielt habe. Auch werde die VVN nicht von ihm als kommunistische Tarnorganisation betrachtet. Er verweist in diesem Zusammenhang auf frühere Stellungnahmen von SPD-Mitgliedern.

Er beantragt sinngemäß,

die Entscheidung der Bezirksschiedskommission aufzuheben und das Verfahren an die Unterbezirksschiedskommission zurückzuverweisen.

Der Antragsteller beantragt,

die Entscheidung der Bezirksschiedskommission zu bestätigen.

In seiner Begründung schließt er sich der Entscheidung der Bezirksschiedskommission an und verweist auf sein bisheriges Vorbringen.

Entscheidungsgründe

Die Berufung ist zulässig, aber nicht begründet.

Die Berufung wurde form- und fristgemäß eingereicht.

Zunächst irrt der Antragsgegner in seiner Berufungsschrift insofern, als er die Bezirksschiedskommission für unzuständig hält. Durch die Sofortmaßnahme des Bezirksvorstandes wurde gemäß § 19 Abs. 1 der Schiedsordnung der SPD die Bezirksschiedskommission als erste Instanz ausdrücklich zuständig.

Der Beschluß des Bezirksvorstandes über die gegen den Antragsgegner beschlossene Sofortmaßnahme wurde gemäß Rückschein der Deutschen Bundespost am 21.5.1976 dem Antragsgegner zugestellt. Damit war auch das Parteiordnungsverfahren - wie oben bereits dargelegt - eingeleitet.

Zu Unrecht rügt der Antragsgegner, daß dieses Schreiben, mit dem ihm die gegen ihn getroffene Sofortmaßnahme mitgeteilt wurde, nicht von einem Bezirksvorstandsmitglied unterschrieben sei. Die Bundesschiedskommission hat in ständiger Rechtsprechung entschieden, daß die Geschäftsführer der Parteiorgane, hier des Bezirksvorstandes, bei der Mitteilung über die Sofortmaßnahmen oder auch der Einleitung anderer Parteiordnungsverfahren wie Urkundsbeamte der Geschäftsstellen der Gerichte zu betrachten sind. Falls das Vorbringen des Antragsgegners in seiner Berufungsbegründung so verstanden werden soll, daß der Geschäftsführer ihm die Mitteilung ohne einen entsprechenden Beschluß des Bezirksvorstandes gemacht hätte, so muß auch diese Behauptung zurückgewiesen werden. Der Bundesschiedskommission liegt ein ordnungsgemäßer Protokollauszug der betreffenden Sitzung des Bezirksvorstandes vor, aus dem die Beschlußfassung über die Sofortmaßnahme gegen den Antragsgegner in völliger Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorschriften der SPD einwandfrei hervorgeht.

Auch in der Sache kann der Antragsgegner mit seinem Vorbringen keinen Erfolg haben.

Entscheidungserheblich ist die Tatsache, daß der Parteivorstand in seiner Sitzung vom 6. Mai 1948 beschlossen und 1967 ausdrücklich bestätigt hat, daß die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist. Ferner hat der Parteirat am 14. November 1970 eine EntschlieÙung gefaÙt, wonach die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, das Herausgeben gemeinsamer Publikationen und die Unterzeichnung gemeinsamer Aufrufe, Flugblätter, Einladungen usw. mit Mitgliedern der DKP, SEW, SDAJ

und der FDJ (B) parteischädigend und notfalls in solchen Fällen Parteiordnungsverfahren einzuleiten sind.

Der Antragsgegner hat zweifelsohne an einer Veranstaltung teilgenommen, für die der Bezirksvorstand am 2. Mai 1976 ein Veranstaltungs- und Teilnahmeverbot beschlossen hat. Der dem Verfahren - im Interesse des Antragsgegners - beigetretene Unterbezirk O-Stadt bestreitet in seiner Berufungsschrift, daß durch die Teilnahme an dieser Veranstaltung ein "objektiver" Schaden eingetreten sei. Der Unterbezirk O-Stadt geht von einem Schadensbegriff aus, der eher dem bürgerlichen Recht zuzurechnen ist und mit dem Schadensbegriff wie ihn die Bundesschiedskommission in Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz in ständiger Rechtsprechung für den politischen Schaden entwickelt hat, keine Übereinstimmung zeigt.

Der Begriff des schweren Schadens ist, wie es bei einer politischen Partei nicht anders sein kann, politisch und nicht etwa zivilrechtlich zu verstehen. Denn wenn man dem Begriff des schweren Schadens einen zivilrechtlichen Inhalt geben wollte, hieße das, daß eine konkrete politische Verhaltensweise zu einem konkret nachweisbaren Schaden, etwa einer Einbuße von Wählerstimmen, geführt haben müßte. Dieser Nachweis ist jedoch niemals zu führen und daher vom Parteiengesetz auch nicht gewollt. Ein Schaden liegt vielmehr schon dann vor, wenn eine Partei in der Glaubwürdigkeit ihrer Sachaussagen, die sie in der Öffentlichkeit zu vertreten hat, beeinträchtigt wird (vgl. Urteil des Landgerichts Bonn 7 O 527/73 vom 6.3.1974).

Der Antragsgegner ebenso wie der beigetretene Unterbezirk lassen jedes Verständnis dafür fehlen, daß eine Erinnerungsveranstaltung für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft nicht mit solchen Personen gemeinsam durchgeführt werden kann, deren politische Gesinnungsfreunde in den von ihnen beherrschten Ländern politische Gegner in Zuchthäusern, Arbeitslagern oder Irrenanstalten gefangenhalten. Ganz beherrschten Ländern politische Gegner in Zuchthäusern, Arbeitslagern oder Irrenanstalten gefangengehalten. Ganz abgesehen davon, daß entsprechende Unvereinbarkeitsbeschlüsse für die VVN und die DKP usw. bestehen, wäre schon allein eine solche gemeinsame Veranstaltung ein Verstoß gegen die Ordnung der Partei und die Verursachung eines erheblichen Schadens. Wie wenig der Antragsgegner und die ihn unterstützenden Beigetretenen Sinn für die Solidaritätspflicht innerhalb der SPD haben, zeigt sich überdies auch schon darin, daß sie sich über einen Beschluß des zuständigen Bezirksvorstandes einfach hinwegsetzten. Die Möglichkeit, auf dem satzungsgemäßen Wege innerhalb der SPD die Aufhebung eines solchen Beschlusses zu erwirken, haben sie nicht einmal erwogen, sondern bewußt und unter Störung der Ordnung der Partei diesen Beschluß einfach mißachtet. Zu Recht hat daher die Vorinstanz den Antragsgegner aus der Partei ausgeschlossen.

Es war daher wie folgt zu erkennen:

Die Berufungen des Antragsgegners und des Vorstandes des Unterbezirks O werden als unbegründet zurückgewiesen. Es wird festgestellt, daß S nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.